

Kostgänger der öffentlichen Hand

Von Florian Schwab

* inkl. zeitweiliger Doppelpartituren je Struktur bis Amtshausgasse 11. II. 14. Minutentöne

President SNB 58'200 Fr. (200%) → 90'500 Fr. (300%)	CEO Rusag 65'900 Fr. (200%) → 102'256 Fr. (300%)	CEO SBB 54'000 Fr. (200%) → 104'286 Fr. (300%)	President Rusag 120'000 Fr. (200%) → 186'000 Fr. (250%)	Director Sava 80'500 Fr. (200%) → 127'750 Fr. (200%)
+ 53.13 %	+ 54.47 %	+ 61.20 %	+ 65.00 %	+ 68.81 %

* R.A. FARR is a retired physicist

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats hat genug. Mit erdrückender Mehrheit (21:2) stimmte sie vor zehn Tagen einer parlamentarischen Initiative von Susanne Leutenegger Oberholzer (SP) zu, welche die Löhne der



Florian Schwab

staatsnahen Betrieben begrenzen möchte. Die zwei Gegenstimmen kamen von der FDP: von Kurt Fluri, der als Solothurner Stadtpräsident und Multiverwaltungsrat in staatlichen Firmen ein ausgeprägter Kostgänger der öffentlichen Hand ist, und vom Aargauer Elektronunternehmer Matthias Jauslin.

Der letzte Versuch, das Problem in den Griff zu bekommen, bestand in einer parlamentarischen Gesetzesinitiative aus dem Jahr 2002, welche das sogenannte Kaderlohngesetz zur Folge hatte – gegen den Willen des Bundesrates. Dieses Gesetz ist seit 2004 in Kraft. Damit wollte das Parlament den galoppierenden Löhnen der staatsnahen Betriebe Einhalt gebieten und für transparente Verhältnisse sorgen.

Der Bundesrat ist seither verpflichtet, jedes Jahr ein «Kaderlohnreporting» vorzulegen.

Um das Messgerät zu eichen, ein paar Zahlen vorweg: Ein Bundesrat verdient in der Schweiz 475 000 Franken. Bei einem Spitzenbeamten der obersten Lohnklasse 38 sind es 375 000 Franken – im Weltmassstab durchaus ansehnliche Vergütungen für anspruchsvolle Aufgaben im öffentlichen Dienst.

Und wie sieht es nun bei den staatlichen Unternehmen und Agenturen aus, deren Löhne nicht durch das Bundespersonalgesetz gedeckelt sind? Die *Weltwoche* hat sämtliche Kaderlohnreportings seit 2004 bis und mit der neuesten Ausgabe 2015 analysiert. Darin werden jeweils die Löhne des obersten operativen Chefs und, wo vorhanden, des Vorsitzenden der Aufsichtsbehörde (in der Regel der Verwaltungsrat) separat ausgewiesen. Für 2015 sind die Gehälter von 31 Direktoren und 29 Aufsichtschefs verbrieft. Elf von ihnen verdienen mehr als ein Bundesrat, und fünfzehn erhalten mehr, als was die Lohnklassen der Bundesverwaltung als höchstes Salär vorsehen.

Goldener Wandschrank

Neben den üblichen Verdächtigen, also den Chefs der Staatsbetriebe Swisscom, SBB und Post, figurieren unter den Topverdienern auch gänzlich unbekannte Gesichter: der Chef der Schweizerischen Unfallversicherung (Suva) etwa, der fürstliche 677 656 Franken einfährt (darin enthalten ein 14. Monatslohn für den 2015 pensionierten Direktor – aber auch ohne diesen liegt der Lohn über 600 000 Franken). Zu den eher überraschenden Grossverdienern gehört auch der Direktor von Schweiz Tourismus (424 969 Franken) sowie die Chefs der SRG-Tochterunternehmen Publisuisse (410 643 Franken) und Teletext (373 737 Franken).

Vergleicht man die Gehälter des Jahres 2015 mit jenen von 2010 respektive 2004, so zeigen sich teilweise drastische Steigerungen. Beim Direktor von Schweiz Tourismus zeigt sich von 2010 bis 2015 ein Gehaltssprung von plus 58,57 Prozent. Der Präsident des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats hat trotz Atomausstieg sein Pensum von 40 auf 60 Prozent erhöht und verdiente 50,15 Prozent mehr als fünf Jahre zuvor. Den grössten Gehaltssprung über zehn Jahre findet man beim Suva-Chef: sage und schreibe plus 68,61 Prozent zwischen 2004 und 2015.

Die Analyse fördert Brisantes zu Tage. So gibt es beim Staat offenbar auch hin und wieder das, was die Franzosen einen *placard doré* nennen, also einen goldenen Wandschrank, in dem verdiente Ex-Funktionäre im Vorruhestand deponiert werden: Der ehemalige Arbeitgeber-Direktor Peter Hasler amtierte bis 2016 im Halbtagespensum als Präsident der Post, wofür er eine Viertelmillion garnierte. Sein Nachfolger ist der frühere CVP-Fraktionschef Urs Schwaller. Thomas Daum, der auf Hasler gefolgt war, schaffte es ins Präsidium der Schweizerischen Exportrisikoversicherung, die für ein 45-Prozent-Pensum immerhin 126 650 Franken bezahlt. Und Jean-Daniel Gerber, ehemaliger Chef des Staatssekretariats für Wirtschaft, investiert im 22-Prozent-Mandat bei einem Entwicklungshilfegebilde Namens Swiss Investment Fund for Emerging Markets (Sifem) Schweizer Steuergelder in der ganzen Welt, wofür er 44 000 Franken erhält.

CVP-Präsident Gerhard Pfister, der in der zuständigen Kommission sitzt, stört sich am «Doppelspiel der Staatsunternehmen»: Bei ihren Ansprüchen an die Steuerzahler stellten sie gerne den Service public in den Vordergrund. «Und wenn es dann um die eigenen Bezüge geht, dann wollen sie wie ein privates Unternehmen behandelt werden.» Für Pfisters Kommissionskollegin Barbara Steinemann (SVP) gilt: «Je weniger eine Tätigkeit dem Markt ausgesetzt ist, desto weniger versteht der Steuerzahler solche Exzesse.»

Für die Urheberin der Initiative, Susanne Leutenegger Oberholzer, ist die jahrelange Untätigkeit des Bundesrats» ausschlaggebend für den Unmut in Bevölkerung und Parlament. «Ich hoffe, dass auch der Ständerat den Handlungsbedarf erkennt.» Als nächstes befasst sich die zuständige Kommission in der kleinen Kammer mit dem Vorstoss.

Kommentare

+ *Kommentar schreiben*
